

Beglaubigte Ablichtung

Nr. 1278 der Urk.Rolle Jahr 1985

V e r h a n d e l t

zu D o r s t e n am 10. Mai 1985.

Vor dem unterzeichneten Notar

W e r n e r A r e n d

mit dem Amtssitze zu D o r s t e n i.W.

erschien heute, von Person bekannt und voll geschäftsfähig:

Herr Bürovorsteher Heinz Rohlof, wohnhaft in 4270 Dorsten 1, Auf dem Bergkamp Nr. 54, handelnd für

- a) die Firma Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG, 4350 Recklinghausen, Kurfürstenwall Nr. 9, aufgrund besonderer Vollmacht,
- b) die Eheleute Stukkateur Peter Krähling und Ursula Krähling geb. Thora, wohnhaft in 4270 Dorsten 21, Bonifatiusstraße Nr. 24, aufgrund besonderer Vollmacht,
- c) die Eheleute kaufm. Angestellter Reiner Siebold und Marianne Siebold geb. Mozdzien, wohnhaft in 4270 Dorsten 1, Dormansring Nr. 15, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 10.3.1985 (Nr. 610/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- d) die Eheleute Rohrschlosser Hans-Peter Junk und Helga Junk geb. Franz, wohnhaft in 4390 Gladbeck, Schwechater Straße Nr. 24, aufgrund besonderer Vollmacht,
- e) die Eheleute Baumaschinist Heinz Günter Teuber und Brigitte Teuber geb. Arndzen, wohnhaft in 4650 Gelsenkirchen, Burgstraße Nr. 6, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 15.12.1984 (Nr. 3133/84 der Urk.Rolle des amt. Notars) erteilten Vollmacht,

- f) die Eheleute Maschinentechniker Alfons Buddner und Karin Buddner geb. Erhardt, wohnhaft in 427o Dorsten 1, Barbarastraße Nr. 61, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 27.1.1985 (Nr. 226/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- g) die Eheleute Markthändler Alfred Bottlis und Gisela Bottlis geb. Finke, wohnhaft in 465o Gelsenkirchen-Horst, Rüttgergasse Nr. 8, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 11.1.1985 (Nr. 9o/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- h) die Eheleute Bundesbahnbeamter Hans-Jürgen Bork und Claudia Bork geb. Wiesler, wohnhaft in 427o Dorsten 21, Augustastraße Nr. 1o, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 15.12.1984 (Nr. 3136/84 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- i) die Eheleute Lehrer Hans Joachim Werner und Monika Werner geb. Esser, wohnhaft in 427o Dorsten 1, Hermannstraße Nr. 9, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 16.3.1985 (Nr. 689/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- j) die Eheleute Kraftfahrer Rainer Erdt und Sylvia Erdt geb. Wendt, wohnhaft in 465o Gelsenkirchen, Am Maibusch Nr. 85, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 16.12.1984 (Nr. 3137/84 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- k) die Eheleute Sprengmeister Ulrich Homann und Monika Homann geb. Karof, wohnhaft in 465o Gelsenkirchen 2, Wilhelmstraße Nr. 58, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 1.12.1984 (Nr. 2938/84 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- l) die Eheleute Schweißer Dietmar Fedak und Birgit Fedak geb. Köhler, wohnhaft in 439o Gladbeck, Haldenstraße Nr. 6, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 2.2.1985 (Nr. 283/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- m) die Eheleute Architekt Werner Kunath und Petra Kunath geb. Huiskes, wohnhaft in 43oo Essen 15, Ernst-Tengelmann-Ring 11 H, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 27.1.1985 (Nr. 221/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- n) die Eheleute Industriekaufmann Horst Bodenschatz und Inge Bodenschatz geb. Kühnlenz, wohnhaft in 427o Dorsten 1, Fuchspaß Nr. 18, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 3.2.1985 (Nr. 29o/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,

- o) die Eheleute Beamter Hans-Jürgen Großkopf und Ingrid Großkopf geb. Weikam, wohnhaft in 4300 Essen 11, Lirichblick Nr. 82, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 2.2.1985 (Nr. 285/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- p) die Eheleute kaufm. Angestellter Michael Kozlowski und Waltraud Kozlowski geb. Knippschild, wohnhaft in 4650 Gelsenkirchen 2, Ahornstraße Nr. 113, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 27.1.1985 (Nr. 228/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- q) die Eheleute Sozialversicherungs-Sachangestellter Karl Heinz Gebhardt und Annemarie Gebhardt geb. Düren, wohnhaft in 4300 Essen, Füllenkamp Nr. 34, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 30.1.1985 (Nr. 259/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- r) die Eheleute Vulkaniseur Hans-Jürgen Popp und Elke Popp geb. Ignaszak, wohnhaft in 4650 Gelsenkirchen, Buddestraße Nr. 30, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 20.1.1985 (Nr. 162/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- s) die Eheleute staatlich geprüfter Betriebswirt Klaus Ritzer und Heike Ritzer geb. Bukow, wohnhaft in 4300 Essen 11, Unterstraße Nr. 60, aufgrund besonderer Vollmacht,
- t) die Eheleute Zimmerer Franz Droste und Elke Droste geb. Reiss, wohnhaft in 4270 Dorsten 1, Gelsenkirchener Straße Nr. 31, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 16.1.1985 (Nr. 130/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- u) die Eheleute Kontrolleur Walter Tatuhey und Marion Tatuhey geb. Schmelzer, wohnhaft in 4250 Bottrop, Mirkstraße Nr. 58, aufgrund besonderer Vollmacht,
- v) die Eheleute Operator Reinhold Still und Adelheid Still geb. Dost, wohnhaft in 4352 Herten, Nordring Nr. 38, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 5.2.1985 (Nr. 310/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) erteilten Vollmacht,
- w) die Eheleute Bergmann Egon Berger und Elisabeth Berger geb. Beckmann, wohnhaft in 4390 Gladbeck, Schwechater Straße Nr. 31, aufgrund der im notariellen Kaufvertrag vom 30.1.1985 (Nr. 261/85 der Urk.Rolle des amt. Notars) erteilten Vollmacht, und zwar befreit von den Beschränkungen des § 181 BGB.
Ausfertigungen der Vollmachten befinden sich bei den Grundakten.

Der Erschienenene erklärte:

Die Firma Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG hat am 18. November 1984 (Nr. 2852/84 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) den Entwurf eines Teilungsvertrages bezüglich des Grundstücks, bestehend aus einer noch zu vermessenden Teilfläche aus der Parzelle Gemarkung Dorsten Flur 57 Nr. 1143 in einer Größe von ca. 2.804 qm sowie aus der Parzelle Gemarkung Dorsten Flur 57 Nr. 1249 in der Größe von 471 qm, mithin zur Gesamtgröße von ca. 3.275 qm, beurkunden lassen.

Inzwischen ist die Vermessung des Grundstücks Gemarkung Dorsten Flur 57 Nr. 1143 erfolgt.

Die Firma Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG erklärt hiermit, daß die Parzelle Gemarkung Dorsten Flur 57 Nr. 1465 = 2.724 qm identisch ist mit dem vorstehend näher bezeichneten Trennstück in Größe von ca. 2.804 qm aus der Parzelle Gemarkung Dorsten Flur 57 Nr. 1143. Das vom Teilungsvertrag betroffene Grundstück besteht demnach aus den Parzellen

Gemarkung Dorsten Flur 57 Nr. 1249 = 471 qm
Gemarkung Dorsten Flur 57 Nr. 1465 = 2.724 qm.

Die Vereinigung der Grundstücke ist am 19. April 1985 (Nr. 1017/85 der Urk.Rolle des amtierenden Notars) beantragt worden.

T e i l I

Als Miteigentümer der Parzelle Gemarkung Dorsten Flur 57 Nrn. 1249 und 1465 werden die zu a) bis w) Genannten zu den nachfolgenden Bruchteilen eingetragen:

• Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG	16/1000stel
• Eheleute Krähling	41/1000stel
• Eheleute Siebold	41/1000stel
• Eheleute Junk	41/1000stel
• Eheleute Teuber	41/1000stel
• Eheleute Buddner	41/1000stel
• Eheleute Bottlis	41/1000stel
• Eheleute Bork	41/1000stel
• Eheleute Werner	41/1000stel

10. Eheleute Erdt	41/1000stel
11. Eheleute Homann	41/1000stel
12. Eheleute Fedak	41/1000stel
13. Eheleute Kunath	41/1000stel
14. Eheleute Bodenschatz	41/1000stel
15. Eheleute Großkopf	41/1000stel
16. Eheleute Kozlowski	41/1000stel
17. Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG	41/1000stel
18. Eheleute Gebhardt	41/1000stel
19. Eheleute Popp	41/1000stel
20. Eheleute Ritzer	41/1000stel
21. Eheleute Droste	41/1000stel
22. Eheleute Tatuhey	41/1000stel
23. Eheleute Still	41/1000stel
24. Eheleute Berger	41/1000stel
25. Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG	41/1000stel.

Das Grundstück Gemarkung Dorsten Flur 57 Nrn. 1249 und 1465 wird mit 24 zweieinhalb-geschossige Einfamilienhäuser und 16 Garagen (Doppel-parker) bebaut.

Im Wege der Nutzungsregelung gem. § 15(1) WEG. werden den einzelnen Eigentümern Sondernutzungsrechte an bestimmten Grundstücksflächen zuge-ordnet. Die auf dem Grundstück zu errichtenden 16 Garagen werden selbständige Teileigentumsrechte bilden.

Die Lage der einzelnen Häuser (Wohnungseigentum) und Garagen (Teil-eigentum) sowie der dem Sondernutzungsrecht unterliegenden Grundstücks-flächen ergibt sich aus dem dieser Niederschrift beigelegten Aufteilungs-plan.

Namens meiner Vollmachtgeber treffe ich hiermit entsprechend dem Gesetz über Wohnungseigentum (WEG.), insbesondere gem. §§ 3 und 15 WEG. folgende Vereinbarung:

§ 1

A

1. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Krähling wird ver-bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller-geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigentums-recht-.

2. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Siebold wird verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
3. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Junk wird verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 3 be- zeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigentumsrecht-.
4. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Teuber wird ver- bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 4 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
5. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Buddner wird ver- bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 5 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
6. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Bottlis wird ver- bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 6 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
7. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Bork wird verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 7 be- zeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigentumsrecht-.
8. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Werner wird ver- bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 8 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
9. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Erdt wird verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 9 be- zeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigentumsrecht-.
10. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Homann wird ver- bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 10 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
11. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Fedak wird ver- bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 11 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
12. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Kunath wird ver- bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr.

- 12 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller-
geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen-
tumsrecht-.
13. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Bodenschatz wird
verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit
Nr. 13 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im
Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungs-
eigentumsrecht-.
14. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Großkopf wird
verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit
Nr. 14 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im
Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungs-
eigentumsrecht-.
15. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Kozlowski wird
verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit
Nr. 15 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im
Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungs-
eigentumsrecht-.
- Boden Wohnungsbau AG
16. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau u. 7 wird ver-
bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr.
16 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller-
geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen-
tumsrecht-.
17. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Gebhardt wird
verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit
Nr. 17 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im
Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungs-
eigentumsrecht-.
8. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Popp wird ver-
bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr.
18 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller-
geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen-
tumsrecht-.
9. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Ritzer wird ver-
bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr.
19 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller-
geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen-
tumsrecht-.
- o. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Droste wird ver-
bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr.
20 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller-
geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen-
tumsrecht-.
- . Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Tatuhey wird ver-
bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr.
21 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller-
geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen-
tumsrecht-.

22. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Still wird verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 22 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
23. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Eheleute Berger wird ver- bunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 23 bezeichneten Haus, bestehend aus sämtlichen Räumen im Keller- geschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dachgeschoß -Wohnungseigen- tumsrecht-.
24. Der 41/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an dem im Aufteilungsplan mit Nr. 24 bezeichneten Haus, bestehend aus sämt- lichen Räumen im Kellergeschoß, Erdgeschoß, Obergeschoß und Dach- geschoß -Wohnungseigentumsrecht-.
25. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
26. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
27. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 3 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
28. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 4 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
29. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 5 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
30. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 6 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
31. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 7 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
32. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 8 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
33. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 9 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
34. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Woh- nungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Auf- teilungsplan mit Nr. 10 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.

35. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 11 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
36. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 12 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
37. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 13 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
38. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 14 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
39. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 15 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.
40. Der 1/1000stel Miteigentumsanteil der Fa. Neue Bau und Boden Wohnungsbau AG wird verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 16 bezeichneten Garage -Teileigentumsrecht-.

Meine Vollmachtgeber sind darüber einig, daß das Sonder- bzw. Teileigentum an den Wohnungen Nr. 1 bis Nr. 24 sowie an den Garagen Nr. 1 bis Nr. 16, verbunden mit den vorstehend beschriebenen Miteigentumsanteilen, in der dargelegten Verteilungsform von der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus meinen Vollmachtgebern, auf die einzelnen vorstehend genannten Erwerber/übergeht. Ich bewillige und beantrage die Eintragung der Rechtsänderung in das Grundbuch.

B

Gemäß § 15 Abs. 1 WEG. vereinbaren meine Vollmachtgeber hiermit folgende Sondernutzungsregelung:

- . Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 1 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 1 des Aufteilungsplanes zu.
- . Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 2 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 2 des Aufteilungsplanes zu.
- . Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 3 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 3 des Aufteilungsplanes zu.

4. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 4 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 4 des Aufteilungsplanes zu.
5. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 5 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 5 des Aufteilungsplanes zu.
6. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 6 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 6 des Aufteilungsplanes zu.
7. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 7 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 7 des Aufteilungsplanes zu.
8. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 8 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 8 des Aufteilungsplanes zu.
9. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 9 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 9 des Aufteilungsplanes zu.
10. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 10 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 10 des Aufteilungsplanes zu.
11. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 11 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 11 des Aufteilungsplanes zu.
12. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 12 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 12 des Aufteilungsplanes zu.
13. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 13 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 13 des Aufteilungsplanes zu.
14. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 14 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 14 des Aufteilungsplanes zu.
15. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 15 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 15 des Aufteilungsplanes zu.
16. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 16 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 16 des Aufteilungsplanes zu.
17. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 17 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 17 des Aufteilungsplanes zu.

18. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 18 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 18 des Aufteilungsplanes zu.
 19. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 19 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 19 des Aufteilungsplanes zu.
 20. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 20 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 20 des Aufteilungsplanes zu.
 21. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 21 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 21 des Aufteilungsplanes zu.
 22. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 22 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 22 des Aufteilungsplanes zu.
 23. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 23 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 23 des Aufteilungsplanes zu.
 24. Das Nutzungsrecht an der im Lageplan mit Nr. 24 bezeichneten Grundstücksfläche steht allein dem jeweiligen Eigentümer der Wohnung Nr. 24 des Aufteilungsplanes zu.
- Die zu 1.-24. aufgeführten den Nutzungsrechten unterliegenden Grundstücksflächen dürfen von den jeweiligen Nutzungsberechtigten ausschließlich als Gartenland sowie als Zugangswege zu den Hauseingängen genutzt werden.
Eine Änderung (Entziehung) der Nutzung ist nur mit Zustimmung des berechtigten Wohnungseigentümers zulässig.

§ 2

Begriffsbestimmungen:

- (1) Wohnungseigentum ist das Sondereigentum an einer Wohnung in Verbindung mit dem Miteigentumsanteil an dem gemeinschaftlichen Eigentum, zu dem es gehört. Teileigentum ist das Sondereigentum an einer Garage in Verbindung mit dem Miteigentumsanteil an dem gemeinschaftlichen Eigentum, zu dem es gehört.
- (2) Gemeinschaftliches Eigentum sind das Grundstück sowie die Teile, Anlagen und Einrichtungen des Gebäudes, die nicht im Sondereigentum oder im Eigentum eines Dritten stehen.

T e i l I I

§ 3

Grundsatz:

Das Verhältnis der Wohnungseigentümer untereinander bestimmt sich nach den Vorschriften der §§ 10 bis 29 WEG., soweit im folgenden nicht etwas anderes bestimmt ist.

§ 4

Umfang der Nutzung:

Der Wohnungseigentümer hat das Recht der alleinigen Nutzung seiner Wohnung und der Mitbenutzung aller Grundstücksflächen, an denen keine Sondernutzungsrechte bestimmt sind.

§ 5

Art der Nutzung:

- (1) Der Wohnungseigentümer ist berechtigt, die Wohnung nach Belieben zu nutzen, soweit sich nicht Beschränkungen aus dem Gesetz ergeben. Im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der Hausgemeinschaft aller Hausbewohner ist das Wohnungseigentum so auszuüben, daß weder einem anderen Wohnungseigentümer noch einem Hausbewohner über das bei einem geordneten Zusammenleben unvermeidliche Maß hinaus ein Nachteil erwächst. Die zur gemeinschaftlichen Benutzung bestimmten Räume, Anlagen und Einrichtungen und Teile sind schonend und pfleglich zu behandeln.
- (2) Zur Ausübung eines Gewerbes oder Berufes in der Wohnung ist der Wohnungseigentümer nur mit schriftlicher Einwilligung des Verwalters berechtigt. Der Verwalter kann nur aus einem wichtigen Grunde die Einwilligung verweigern oder von der Erfüllung von Auflagen abhängig machen. Als wichtiger Grund gilt es insbesondere, wenn die Ausübung des Gewerbes oder Berufes eine unzumutbare Beeinträchtigung der Wohnungseigentümer oder der Hausbewohner mit sich bringt oder befürchten läßt.
- (3) Will der Wohnungseigentümer die Wohnung ganz oder zum Teil einem Dritten zur Benutzung überlassen, so bedarf er der schriftlichen Einwilligung des Verwalters. Dies gilt nicht für eine

Überlassung an den Ehegatten, Verwandte in gerader Linie oder Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie. Die Bestimmungen des Abs. 2 Sätze 2 und 3 finden entsprechende Anwendung.

- (4) Erteilt der Verwalter die nach den Absätzen 2 oder 3 erforderliche Einwilligung nicht oder nur unter bestimmten Auflagen oder widerruft er eine widerruflich erteilte Einwilligung, so kann der Wohnungseigentümer einen Mehrheitsbeschluß der Wohnungseigentümer nach § 25 WEG herbeiführen; Abs. 2 Sätze 2 und 3 und Abs. 3 Satz 2 gelten entsprechend.
- (5) Art und Weise der dem Wohnungseigentümer hiernach zustehenden Rechte zur Nutzung der Wohnung und zur Mitbenutzung der gemeinschaftlichen Räume, Anlagen und Einrichtungen des Gebäudes sowie der gemeinschaftlichen Grundstücksflächen sowie Art und Umfang der ihm hiernach obliegenden Pflichten ist durch eine Hausordnung zu regeln, über welche die Wohnungseigentümer durch Stimmenmehrheit beschließen.

§ 6

Übertragung des Wohnungseigentums:

- (1) Das Wohnungseigentum ist veräußerlich und vererblich.
- (2) Die Veräußerung bedarf der Zustimmung des Verwalters. Dies gilt nicht im Fall der Veräußerung an den Ehegatten, Verwandte in gerader Linie oder Verwandte zweiten Grades in der Seitenlinie oder bei einer Veräußerung des Wohnungseigentums im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch den Konkursverwalter. Die Zustimmung des Verwalters ist ferner nicht erforderlich für den Fall, daß die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf oder ein Gläubiger eines eingetragenen Grundpfandrechts das Wohnungseigentum im Wege der Zwangsversteigerung erwirbt und später weiterveräußert.
- (3) Der Verwalter darf die Zustimmung nur aus einem wichtigen Grund versagen. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn durch Tatsachen begründete Zweifel daran bestehen, daß
 - a) der Erwerber die ihm gegenüber der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer obliegenden finanziellen Verpflichtungen erfüllen wird oder
 - b) der Erwerber oder eine zu seinem Hausstand gehörende Person sich in die Hausgemeinschaft einfügen wird.
- (4) § 5 Abs. 4 der Teilungs^{vereinbarung}~~erkklärung~~ findet entsprechende Anwendung.

§ 7

Instandhaltungspflichten:

- (1) Der Eigentümer ist verpflichtet, das in seinem Sondereigentum stehende Gebäude und den seinem Sondernutzungsrecht unterliegenden Grundstücksteil instandzuhalten und instandzusetzen.
- (2) Für den Fall völliger oder teilweiser Zerstörung des Gebäudes bestimmen sich die Rechte und Pflichten des Wohnungseigentümers nach § 9 der Teilungs^{vereinbarung}~~erklärung~~.

§ 8

Versicherung des Gebäudes:

Für das Sondereigentum und das gemeinschaftliche Eigentum als Ganzes sind folgende Versicherungen abzuschließen:

- a) eine Versicherung gegen eine Inanspruchnahme aus der gesetzlichen Haftpflicht des Grundstückseigentümers,
- b) eine Gebäudefeuerversicherung,
- c) eine Leitungswasserschadenversicherung.

Die Sachversicherungen zu b) und c) sind zum gleitenden Neuwert und durch Zusatzversicherung bis zur Höhe des Wiederherstellungsaufwandes, die Versicherung zu a) in angemessener Höhe abzuschließen.

§ 9

Wiederherstellungspflicht:

- (1) Wird das Gebäude ganz oder teilweise zerstört, so sind die Wohnungseigentümer untereinander verpflichtet, den vor Eintritt des Schadens bestehenden Zustand wieder herzustellen, wenn die Kosten der Wiederherstellung durch Versicherung (§ 8 der Teilungs^{vereinbarung} oder durch sonstige Ansprüche voll gedeckt sind.
- (2) Sind die Kosten der Wiederherstellung nicht gem. Abs. 1 gedeckt, so kann die Wiederherstellung des früheren Zustandes nur verlangt werden, wenn die zur Wiederherstellung erforderlichen Mittel innerhalb angemessener Frist zu zumutbaren Bedingungen aufgebracht werden können.
- (3) Besteht eine Pflicht zur Wiederherstellung nicht, so ist jeder Wohnungseigentümer berechtigt, die Aufhebung der Gemeinschaft zu verlangen. Der Anspruch auf Aufhebung ist ausgeschlossen, wenn sich einer der anderen Wohnungseigentümer oder ein Dritter bereit erklärt, das Wohnungseigentum des die Aufhebung verlangenden Wohnungseigentümers zum Schätzwert zu übernehmen und gegen die Übernahme durch ihn keine ^{be}gründeten Bedenken bestehen.

§ 10

Anzeigepflicht des Wohnungseigentümers
Besichtigungsrecht des Verwalters

- (X) Der Wohnungseigentümer ist verpflichtet, von ihm bemerkte Mängel und Schäden am Grundstück oder Gebäude, deren Beseitigung den Wohnungseigentümern gemeinschaftlich obliegt, dem Verwalter unverzüglich anzuzeigen.

§ 11

Mehrheit von Berechtigten an einem Wohnungseigentum:

Geht das Wohnungseigentum auf mehrere Personen über, so haben diese auf Verlangen des Verwalters einen Bevollmächtigten zu bestellen und dem Verwalter zu benennen, der berechtigt ist, für sie Willenserklärungen und Zustellungen, die im Zusammenhang mit dem Wohnungseigentum stehen, entgegenzunehmen.

§ 12

Entziehung des Wohnungseigentums:

- (1) Hat sich ein Wohnungseigentümer einer so schweren Verletzung der ihm gegenüber den anderen Wohnungseigentümern obliegenden Verpflichtungen schuldig gemacht, daß diesen die Fortsetzung der Gemeinschaft nicht zugemutet werden kann, so können die anderen Wohnungseigentümer von ihm die Veräußerung seines Wohnungseigentums verlangen. Die Voraussetzungen des Satzes 1 liegen insbesondere vor, wenn
1. der Wohnungseigentümer mit den im § 13 der Teilungserklärung vereinbarung bezeichneten Zahlungsverpflichtungen zu einem Betrage im Verzuge ist, der die für einen Zeitraum von mehr als 6 Monaten nach § 13 zu leistenden Zahlungen übersteigt;
 2. sich der Wohnungseigentümer oder eine Person, die seinem Hausstand angehört einer so erheblichen Belästigung eines Wohnungseigentümers oder eines Hausbewohners schuldig macht, daß auch bei Berücksichtigung der dem Wohnungseigentümer durch diese Teilungserklärung eingeräumten besonderen Rechtsstellung den anderen Wohnungseigentümern die Fortsetzung der Gemeinschaft nicht zugemutet werden kann. Das gleiche gilt, wenn der Wohnungseigentümer eine Person, der er den Gebrauch der Räume überlassen hat, bei derartigen Verstößen trotz Aufforderung des Verwalters nicht aus der Wohnung entfernt;

4. der Wohnungseigentümer die ihm gem. § 7 der Teilungs~~erklärung~~^{vereinbarung}
~~xxxx~~obliegende Instandhaltungs- und Instandsetzungspflicht
in erheblichem Umfang verletzt und ihr trotz Aufforderung
des Verwalters nicht innerhalb einer angemessenen Frist
nachkommt;
 5. die Rechtsnachfolger des Wohnungseigentümers im Falle des
§ 11 der Teilungs~~erklärung~~^{vereinbarung} trotz Aufforderung des Verwalters
nicht einen Bevollmächtigten bestellen.
- (2) Steht das Wohnungseigentum mehreren Personen zu, so müssen
die in einer Person sich ergebenden Gründe auch die anderen
Personen gegen sich gelten lassen.

§ 13

Zahlungsverpflichtung des Wohnungseigentümers:

- (1) Jeder Wohnungseigentümer ist verpflichtet, nach Maßgabe der
folgenden Bestimmungen Beiträge zur Deckung der laufenden
Bewirtschaftungskosten zu leisten:

Die Bewirtschaftungskosten bestehen aus:

- a) den Verwaltungskosten;
 - b) den Betriebskosten, wie laufenden öffentlichen Lasten des
Grundstücks, den Kosten für die gem. § 8 der Teilungs~~erklärung~~^{vereinbarung}
~~xxxx~~abzuschließenden Versicherungen, den Kosten der Straßen-
reinigung, der Müllabfuhr, der Entwässerung, der Schornstein-
reinigung, der Wasserversorgung und der Treppenhaus- und
Außenbeleuchtung sowie sonstigen Betriebskosten, soweit
sie mit der Bewirtschaftung des Grundstücks unmittelbar
zusammenhängen und notwendig sind;
 - c) den Kosten für die Instandhaltung und Instandsetzung, soweit
diese gem. § 7 der Teilungs~~erklärung~~^{vereinbarung} den Wohnungseigentümern
gemeinschaftlich obliegen, einschließlich eines Betrages
für die Bildung einer angemessenen Instandsetzungsrücklage.
- (2) Auf die laufenden Geldleistungen hat der Wohnungseigentümer
angemessene monatliche Abschlagszahlungen zu leisten. Die
Höhe der Abschlagszahlungen wird vom Verwalter aufgrund des
Wirtschaftsplanes festgelegt. Sie beträgt vorläufig monatlich
50,00 DM. Die Abschlagszahlungen sind im voraus, spätestens

am 5. eines jeden Monats, kostenfrei an den Verwalter zu leisten.

- (3) Der Verwalter ist verpflichtet, nach Schluß eines jeden Geschäftsjahres, das jeweils vom 1. 1. bis 31. 12. läuft, dem Wohnungseigentümer eine Abrechnung über die von ihm zu erbringenden Geldleistungen vorzulegen. Soweit sich danach die Abschlagzahlungen als nicht ausreichend erweisen, ist der Wohnungseigentümer zur unverzüglichen Nachzahlung verpflichtet, soweit die Abrechnung einen Überschuß aufweist, ist dieser auf das nächste Geschäftsjahr anzurechnen.

§ 14

Wirtschaftsplan:

- (1) Der in § 13 der Teilungserklärung erwähnte Wirtschaftsplan wird jeweils für ein Geschäftsjahr im voraus vom Verwalter aufgestellt und von den Wohnungseigentümern beschlossen.
- (2) Die in § 13 Abs. 2 der Teilungserklärung aufgeführten Kosten sind im Wirtschaftsplan in der für das Geschäftsjahr zu erwartenden Höhe einzusetzen. Bei den Instandhaltungskosten ist zu berücksichtigen, daß ein angemessener Betrag zur Vornahme späterer großer Instandsetzungsarbeiten der Instandsetzungsrücklage zuzuführen ist.

§ 15

Eigentümerversammlung:

- (1) Angelegenheiten, über die nach dem Wohnungseigentumsgesetz oder nach dem Inhalt dieser Teilungserklärung die Wohnungseigentümer durch Beschluß entscheiden können, werden durch Beschlußfassung in einer Versammlung der Wohnungseigentümer geordnet. (Jedes Wohnungseigentumsrecht hat eine Stimme.)
- (2) Der Verwalter hat wenigstens einmal im Jahr die Wohnungseigentümerversammlung einzuberufen. Darüber hinaus muß der Verwalter die Wohnungseigentümerversammlung dann einberufen, wenn mindestens ein Viertel der Wohnungseigentümer die Einberufung unter Angabe des Gegenstandes verlangt. In den Fällen des § 5 Abs. 4 und des § 6 Abs. 4 dieser Teilungserklärung muß der Verwalter die Wohnungseigentümerversammlung auf Verlangen des betroffenen Wohnungseigentümers einberufen.
- (3) Für die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung genügt die Absendung an die Anschrift, die dem Verwalter von dem Wohnungseigentümer zuletzt mitgeteilt worden ist.

- (4) Die Wohnungseigentümerversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Wohnungseigentümer sowie mehr als die Hälfte der Miteigentumsanteile vertreten ist. Ist die Versammlung hiernach nicht beschlußfähig, so hat der Verwalter eine zweite Versammlung mit gleichem Gegenstand einzuberufen; diese ist in jedem Falle beschlußfähig. Hierauf ist in der Einladung besonders hinzuweisen.
- (5) Zu Beginn der Wohnungseigentümerversammlung soll dem Verwalter die ordnungsmäßige Einberufung und die Beschlußfähigkeit festgestellt werden. Bei der Feststellung der Stimmenmehrheit werden die Stimmen der nicht vertretenen Wohnungseigentümer nicht gerechnet.
- (6) § 18 Abs. 3 des WEG bleibt unberührt.
- (7) Auch ohne Wohnungseigentümerversammlung ist ein Beschluß gültig, wenn alle Wohnungseigentümer ihre Zustimmung zu diesem Beschluß schriftlich erklären.

§ 16

Verwalter:

- (1) Der erste Verwalter wird durch die Eigentümerversammlung bestellt. Die Bestellung erfolgt für einen Zeitraum von 5 Jahren.
- (2) Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes können die Wohnungseigentümer jederzeit durch Mehrheit die Abberufung des Verwalters beschließen.
- (3) Die Rechte und Pflichten des Verwalters ergeben sich aus § 27 WEG sowie aus den Bestimmungen dieser Teilungsvereinbarung.
- (4) Der Verwalter ist verpflichtet, die ihm obliegenden Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen und über die Einnahmen und Ausgaben auf Verlangen der Wohnungseigentümergeinschaft Rechnung zu legen. Er ist weiter verpflichtet, aus den Instandhaltungsbeiträgen einen Betrag anzusammeln, der zur Vornahme der großen Instandsetzungsarbeiten bestimmt ist (§ 14 der Teilungsvereinbarung), dieser ist auf getrenntem Konto anzulegen. Er ist weiter zur Führung eines Buches über die Wohnungseigentümerversammlung verpflichtet.
- (5) In Erweiterung der gesetzlichen Befugnisse hat der Verwalter folgende Befugnisse:
 - a) mit Wirkung für die Wohnungseigentümer im Rahmen seiner Verwaltungsaufgaben Verträge abzuschließen und sonstige Rechtsgeschäfte vorzunehmen;

- b) die von den Wohnungseigentümern nach § 13 der Teilungs^{vereinbarung}~~serklärung~~
~~erklärung~~ zu entrichtenden Beträge einzuziehen und diese gegenüber
einem säumigen Wohnungseigentümer namens der übrigen Wohnungs-
eigentümer gerichtlich geltend zu machen.

(6) Über den Umfang der Vertretungsmacht ist dem Verwalter eine
Vollmachtsurkunde auszuhändigen.

(7) Jeder Wohnungseigentümer hat im Falle der gänzlichen oder
teilweisen Veräußerung seines Wohnungseigentums den Erwerber
zum Eintritt in den mit dem jeweiligen Verwalter geschlossenen
Vertrag zu verpflichten.

Die Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 dieser Teilungs^{vereinbarung}~~serklärung~~ über
Instandhaltungspflichten, Versicherung der Gebäude und Wiederher-
stellungsverpflichtung nach Zerstörung werden dahin ergänzt, daß
diese Verpflichtungen jeweils den Sondereigentümern eines bestimmten
Gebäudes für das von ihnen bewohnte Haus obliegen. Alle Leistungen,
die von den Mitgliedern der Gemeinschaft zu erbringen sind, und
die sich für ein bestimmtes Gebäude innerhalb der Gemeinschaft der
Wohnungseigentümer festlegen und berechnen lassen, sind nur von
den Eigentümern zu erbringen, die das betreffende Gebäude bewohnen
bzw. erworben haben. Dies gilt insbesondere für Versicherungsbei-
träge und für die Ansammlung von Instandhaltungsrücklagen.

§ 17

Die vorstehenden Bestimmungen über das Wohnungseigentum gelten sinn-
gemäß auch für Teileigentumsrechte.

T e i l I I I

§ 18

Eintragungsbewilligung und -antrag:

Meine Vollmachtgeber bewilligen und beantragen, daß in das Grundbuch
eingetragen werden:

- a) die Teilung des Grundstücks in 24 Wohnungseigentumsrechte und
16 Teileigentumsrechte gem. § 1 der Teilungs^{vereinbarung}~~serklärung~~
b) die Bestimmungen der §§ 2 - 17 der Teilungs^{vereinbarung}~~serklärung~~ als Inhalt
des Sondereigentums.

Meine Vollmachtgeber beantragen weiter, die zu erteilenden Ein-
tragungsnachrichten dem amtierenden Notar zu übersenden.

Die Werte der von dieser Erklärung betroffenen Wohnungen und Garagen
einschließlich des Grundstückswertes betragen 6.000.000,00 DM.

Sodann wurde die Niederschrift dem Erschienenen vom Notar vorgelesen,
von ihm genehmigt und wie folgt, eigenhändig unterschrieben:

Heiner Lendner
Heiner Lendner

Es wird bescheinigt, daß vor-
stehende/umschaltige Ablichtung
ein vollständiges Lichtbild der
Hauptschrift ist.
Dorsten, den 11. 7. 85

Notarvertreter
in Dorsten